

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Sonntags: Bei Abholung in der Geschäftsstunde und den Ausgabestellen 2 Uhr. Im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2, im Vierteljahr 6, im Halbjahr 10, im Jahr 18 Mark. Die Abnahme muss im Voraus bezahlt werden. Die Abnahme muss im Voraus bezahlt werden. Die Abnahme muss im Voraus bezahlt werden.

Wochensprei: Die 3spaltige Raumzelle 20 Pf., die 4spaltige Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 5spaltige Raumzelle im bestellten Teile 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren für die 2. und 3. Auflage 10 Pf. Fernsprecher: Am: Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 79. — 86. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff, Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 4. April 1927

## Finanzausgleich.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)  
Berlin, 3. April.

Die Einführungsrede, die der neue Reichsfinanzminister Dr. Brücker bei der Beratung des Haushalts seines Ministeriums im Reichstage gehalten hatte und die von großer Beforgnis hinsichtlich der finanziellen Zukunft des Reichshaushaltes erfüllt war, muß als Auftakt für die Beratungen und Beschlüsse betrachtet werden, die jetzt im Reichstag vor sich gingen. Der Reichsfinanzminister steht auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß es nicht auf eine Vielzahl von Steuern ankommt, um große Summen für die Ausgaben des Reichshaushaltes locker zu machen, sondern daß Steuererleichterungen — so merkwürdig es klingt — eine Vermehrung der Steuereinkünfte bedeuten können. Vor allem will er die Vielzahl der Steuern ersparen durch einige wenige, weil die zweite Voraussetzung reichlicher Steuereinkünfte die Einfachheit des Steuerrechts ist. Eine zweite Aufgabe ist die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Um diese Frage drehte sich im Reichstag nun mehrere Tage die Debatte; aber es handelt sich hier um mehr als um die rein finanzielle Auseinandersetzung. Wenn die Beschlüsse des Reichstages, die von der geschlossenen Front der Regierungsparteien durchgedrückt wurden, den Ländern größere finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, also z. B. den Ländern die Überweisungen aus der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer auf 2,6 Milliarden erhöht und garantiert werden, so ist der Grund zu dieser Erhöhung in dem Erwarfen gegeben, daß nun die Länder ihrerseits Steuern abzubauen, die mit besonderem Druck auf der Wirtschaft lasten. Was für die Länder gilt, das gilt auch für die Gemeinden, weil ja diese den Hauptteil ihrer Einkünfte durch Überweisung der Länder erhalten. Gerade bei den Gemeinden ist es ja der steuerlichen Weisheit letzter Schluss, jeden Mangel im Haushalt durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer auszugleichen.

Das Hauptziel des Finanzausgleichs ist es aber nun, den Ländern und den Gemeinden es endlich zu ermöglichen, Finanzwirtschaft zu treiben nicht für den Augenblick, sondern auf längere Sicht hinaus. Sie sollen wissen, mit welchen Summen sie zu rechnen haben. Zunächst ist der Finanzausgleich, der den Ländern und dadurch den Gemeinden die Einkünfte aus jenen beiden Steuern in Höhe von 2,6 Milliarden garantiert, für zwei Jahre beschlossen worden. Es ist auch möglich, schon jetzt für eine längere Zukunft die Bahnen vorzuziehen zu wollen, weil erst am 1. September 1928 die Vollerfüllung des Dawes-Plans einsetzt, wir also in Deutschland erst Monate später übersehen können, wie sich die Durchführung dieser Verpflichtungen auf das deutsche Wirtschaftsleben und damit auf die finanzielle Zukunft des Reiches, der Länder und der Gemeinden auswirken wird. Aus diesem Grunde hat man beschlossen, den Finanzausgleich vorläufig bis zum 1. April 1929 zu verlängern.

Bei den Finanzleuten der Gemeinden herrscht nun eine besondere Erregung darüber, daß die Regierungskoalition beschlossen hat, auch die Frage der Getränke in einem Sinne zu regeln, den man vielleicht sozialpolitisch als aufstrebend bezeichnen kann, der aber den Vorrang hat, finanziell nicht bloß dem Reiche, sondern auch den Ländern und Gemeinden Hilfsdienste zu leisten. Es ist neulich einmal ausgerechnet worden, daß auf einem Glase Bier nicht weniger als 33 verschiedene Steuern lasten, — wenn man dieses Bild gebrauchen darf. Nun ist vom Reichstage alles, was von den Gegnern der jetzigen Pläne an Abänderungsanträgen eingebracht worden ist, abgelehnt und der Vorlage gemäß beschlossen worden, daß die Gemeinden mit Genehmigung der Landesbehörden Steuern auf dem örtlichen Verbrauch von Bier erheben dürfen. Bei den Getränkesteuern der Gemeinden, wo ja auch Wein und Branntwein besteuert wird, liegen gerade bei der Besteuerung dieser beiden Getränke so große Hinterziehungsmöglichkeiten vor, daß sich die Erhebung dieser Steuern finanziell kaum lohnt. Die Beibehaltung der gemeindlichen Besteuerung würde der Tendenz der einseitigen Beschlüsse des Reichstages zuwiderlaufen, die durch die besondere Notlage des deutschen Weinbaues veranlaßt wird. Wenn man jetzt den Gemeinden die Bierbesteuerung überlassen hat, so geschieht das vor allem, um in den einzelnen Fällen eine stärkere Spannung der Realsteuern zu vermeiden. Ebenso wie der Finanzausgleich nur als eine vorläufige Maßnahme betrachtet wird, ist das der Fall bei allen diesen Beschlüssen des Reichstages, die nun endlich geworden sind. Eine wirkliche Neuordnung unserer Finanzen und unseres Steuerrechts wird erst dann möglich sein, wenn wir genau wissen, welche Verpflichtungen wir haben. Immerhin wird der Finanzausgleich dem Hauptzweck dienen können, steuerpolitisch den Ländern und Gemeinden für die nächsten Jahre einen klaren Weg vorzuzeichnen.

## Karol darf nicht nach Rumänien.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.  
Paris, 4. April. Wie der Petit Parisien zu melden weiß, ist der Antrag des Kronprinzen Karol auf Einreise nach Rumänien zum Besuch seines sterbenden Vaters abgelehnt worden.

## Deutschland und Oesterreich.

### Deutsch-österreichische Wirtschaftsbeziehungen.

Von Dr. Felix Frank, außerordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister der Republik Oesterreich in Berlin.

Der Anpassungsprozess, den die österreichische Wirtschaft, insbesondere die österreichische Industrie an die durch den Friedensvertrag geschaffenen neuen Verhältnisse durchzuführen mußte, hatte Schwierigkeiten zu überwinden, die in ihrer vollen Bedeutung im Ausland kaum erfaßt werden können. Ein zollgeschützter Markt von 53 Millionen Menschen wurde auf 6 Millionen verengt, so daß die auf dem Territorium des heutigen Oesterreichs befindliche Industrie, wenn sie ihre Kapazität auch nur halbwegs ausnützen will, auf den Export angewiesen ist. Diesem wieder stehen zwei Hindernisse entgegen: die Abperlungsbewegung der Nachbarstaaten, die zwar allmählich in ein Hochschutzzollsystem überging und dadurch kaum weniger exportfördernd ist, und zweitens die Schaffung neuer Industrien in den anderen, aus der alten Monarchie hervorgegangenen Nachfolgestaaten, die zu einer Überindustrialisierung Mitteleuropas geführt hat. Alle diese Schwierigkeiten können natürlich nicht mit einem Schlage überwunden werden, sondern erfordern neben schmerzhaften Anpassungen und Anpassungen lange und harte Arbeit. Diese Arbeit muß aber im Interesse der wirtschaftlichen Bilanz Oesterreichs geleistet werden, weil die agrarische Produktion des heutigen Oesterreichs und die Produktion der für die Industrie lebenswichtigen Rohstoffe ein hartes Defizit aufweisen.

Die Beziehungen in Oesterreich müssen daher zunächst darauf gerichtet sein, die agrarische Produktion zu fördern, um den Einfuhrbedarf an Lebensmitteln soviel als möglich herabzudrücken — ein Gebiet, auf dem schon nennenswerte Erfolge erzielt wurden — und andererseits der industriellen Produktion durch eine kluge Handelspolitik den Weg ins Ausland soviel als möglich zu erleichtern.

Außerordentlich wichtig ist natürlich für Oesterreich das handelspolitische Verhältnis mit dem Deutschen Reich. Die Ausfuhr aus Deutschland nach Oesterreich belief sich im Jahre 1925 auf ungefähr 450 Millionen Schilling, ungefähr ein Sechstel der gesamten Einfuhr nach Oesterreich; an der österreichischen Ausfuhr, die im selben Jahre die Wertziffer von rund 2 Milliarden Schilling erreichte, beträgt der Anteil des Deutschen Reiches rund 300 Millionen.

Die erste vertragsmäßige Regelung zwischen dem Deutschen Reich und dem neuen Oesterreich erfolgte durch das Wirtschaftsabkommen vom 1. September 1920, das keine neue Tarifanlage enthält, sondern sich auf die Tarifposten des alten deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsvertrages vom 25. Januar 1905 bezieht. Mehrfache Zusatzvereinbarungen haben für einzelne der wichtigsten Artikel neue Regelungen getroffen, und zwar nicht nur für Industrieartikel, sondern auch für den für die Alpenländer Oesterreichs sehr wichtigen Viehexport nach Deutschland.

Es ergibt sich aus dieser Darstellung, daß eine umfassende, den geänderten Verhältnissen, insbesondere dem neuen deutschen autonomen Zolltarif Rechnung tragende Regelung des handelspolitischen Verhältnisses zwischen den beiden Staaten noch nicht erfolgt ist. Die Ursache liegt in der allgemeinen Flüssigkeit und Unsicherheit der handelspolitischen Verhältnisse Europas überhaupt, wodurch der allseitige Augenblick für eine durchgreifende Regelung der Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich noch nicht gekommen ist. Es ist jedoch mit Sicherheit zu hoffen und liegt auch in den Absichten beider Regierungen, diese Regelung sobald als möglich zu vollziehen.

## Die deutsche Kohle auf dem Weltmarkt.

Lagung des Reichskohlenrates.

Im Reichskohlenrat erklärte der Geschäftsführer Bergbauamtmann Benschold: Nach anfänglicher Flaute in den ersten Monaten des Jahres 1926 hat der deutsche Kohlenbergbau (heutige Grenzen) eine Jahresrekordförderung von 145 400 000 Tonnen erreicht was gegen 1913 ein Plus von rund 4,6 Millionen Tonnen und gegen 1925 eine Mehrförderung von rund 12,7 Millionen Tonnen bedeutet, überall, bis auf Sachsen, ist die Produktion des letzten Vorjahres überschritten. In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres zeigt sich bei der Steinkohle wieder ein Absinken der deutschen Produktion, ebenso beim Braunkohlenbergbau. Mehr denn je macht sich in den Kreisen der Beteiligten, auch der deutschen Bergarbeiterschaft, der Wunsch nach Rückkehr der Saargruben zu dem Mutterlande geltend. Bei Prüfung aller schwebenden Probleme der deutschen Kohlenwirtschaft muß schon jetzt der Heimfall der Saargruben und ihre Wiedereinbringung in die deutsche Kohlenwirtschaft in Ansatz gebracht werden. Der englische Kohlenexport ist mit allen Mitteln bemüht, seine Vorkriegsstellung auf dem Weltmarkt wieder zu erobern. Der deutsche Kohlenhandel hatte es aber verstanden, sich durch Innehaltung der Lieferfristen und durch die Güte des Produkts das Vertrauen auf

## Abflauen des Balkanconflikts.

Gemeinsame Note der Großmächte.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ ist eine neue Wendung im Albanienkonflikt infolgedessen eingetreten, als „eine Gruppe von Großmächten“ — gedacht kann dabei nur an Deutschland, England und Frankreich sein — an Italien eine gemeinsame Note richten würde, in der Italien aufgefordert werden sollte, eine Erklärung abzugeben, daß es nicht die Absicht habe, die Unabhängigkeit Albanien anzutasten. In Paris hält man es angelehnt, daß von Mussolini eingenommenen Haltung für sehr zweifelhaft, daß Italien ohne weiteres auf eine Einigung auf dieser Grundlage eingehen werde.

Die Pariser albanische Gesandtschaft läßt in der Presse die Nachrichten dementieren, nach denen die innerpolitische Lage in Albanien kritisch sei, der Kabinettschef des Ministerpräsidenten geklohen wäre und gegen Ahmed Zogu Anklagen erhoben worden seien. Alle diese alarmierenden Nachrichten, so sagt das Dementi, würden von den Gegnern des jetzigen Ministerpräsidenten verbreitet.

Die halbamtliche türkische „Miklet“ schildert in einem ausführlichen Artikel die außenpolitische Einfrierung Jugoslawiens, die sie als einen den Frieden gefährdenden Triumph der italienischen Politik hinstellt. In anderem Zusammenhang wird betont, daß die Türkei sowohl asiatische wie europäische Macht ist und in einem etwaigen Balkanbunde nicht fehlen darf, wenn derselbe wirklich der Konsolidierung des Friedens und nicht den Interessen einer einzelnen Macht dienen soll.

## Bulgarien verlangt Aufhebung der Militärkontrolle.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Sofia, 3. April. Auf den Antrag bulgarischer Abgeordneter aller Parteien, die Regierung möge Maßnahmen treffen, um eine beschleunigte Aufhebung der internationalen Militärkontrolle zu erreichen, antwortete Minister Duroff, daß die Regierung sich in dieser Hinsicht Schritte unternommen habe. Die Wochensprechkonferenz würde ihre Entscheidung treffen, wenn der Revisionsbericht der Kontrollkommission eingegangen wäre. Falls Paris keine günstige Entscheidung treffen sollte, so wäre dies eine Nichtwürdigung der bulgarischen Loyalität und würde beim Volke tiefste Enttäuschung auslösen. Die Ausführungen des Ministers wurden von allen Parteien mit stürmischem Beifall aufgenommen.

## Wiederentzünden des Marokkoaufstandes.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Paris, 4. April. Die letzten aus Spanisch-Marokko vorliegenden Nachrichten lassen erkennen, daß die Unruhenbewegung immer größeren Umfang annimmt. So ist seit Tagen eine spanische Gruppe von 400 Mann Aufständischer umgingelt. Drei neue Stämme haben sich den Aufständischen angeschlossen. In Cejga traf ein spanischer Verwundetentransport mit 87 Mann ein, die in den letzten Kämpfen außer Gefecht gesetzt wurden.

dem Weltmarkt zu gewinnen und zu setzen. Wo scheidende Gewinne konnten wieder verteilt werden. Der Berichterstatter wies dann auf die gegenüber 1913 über 16 % betragende Kohlenersparnis durch technische Verbesserungen usw. hin.

## Erster Bismarck-Tag in Hannover.

Starke Beteiligung aus dem ganzen Reich.  
Der erste deutsche Bismarck-Tag ist in Hannover eröffnet worden. Aus allen Teilen des Reiches sind die Teilnehmer eingetroffen, alle von dem gleichen Gedanken geführt, mitzuwirken, das Andenken Bismarcks im deutschen Volk wieder lebendig werden zu lassen. Nach der Eröffnungssprache von Grafen Wallraf und nach einigen weiteren Begrüßungsreden sprach Reichstagsabgeordneter Martin Spahn in tiefstehender Weise über „Bismarck und der Staatsgedanke“. Oberleutnant von Feldmann hielt eine Ansprache auf die deutschen Frauen. Er leitete in der häuslichen Tradition der Mutter und Frau die beste Bürgerpflicht für unsere politische Zukunft. Zum Schluß folgte ein Lichtbildvortrag von Prof. Dr. W. Kreis über das Bismarck-Nationaldenkmal.

Reichspräsident Hindenburg bedauerte in einem längeren Schreiben an den Staatssekretär a. D. Grafen Wallraf, der Tagung nicht persönlich beizuwohnen zu können. Er entbot den Versammelten seine Grüße und Wünsche für das Gelingen der Veranstaltung.